

Was denkt sich eigentlich diese unsere Führung?

Eine Antwort an den Bundestagspräsidenten D. Eugen Gerstenmaier

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ gab am 17. November 1960 Bundestagspräsident D. Eugen Gerstenmaier Gelegenheit zu einer ausführlichen kritischen Stellungnahme zu dem in dem Sammelband „Ich lebe in der Bundesrepublik“ (List-Taschenbuch, 1960) erschienenen Aufsatz von Prof. D. Helmut Gollwitzer, Berlin, „Die sich selbst betrügen“. Obgleich die Redaktion der FAZ selbst von einer „Disputation“ sprach, lehnte sie es ab, Prof. Gollwitzer Platz einzuräumen für eine Erwiderung auf die Kritik Gerstenmaiers. Prof. Gollwitzer hat daraufhin seine Antwort der „Frankfurter Rundschau“ (vgl. deren Ausgabe vom 14. 12. 60) und den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ zur Verfügung gestellt. D. Red.

„Disputation“ überschreibt der Herr Bundestagspräsident Gerstenmaier die Entrüstungsflut, die sich in seinem Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 17. 11. 1960 über meinen kleinen Beitrag zu dem Sammelband „Ich lebe in der Bundesrepublik“ ergießt. Eine Disputation erfordert eine gemeinsame Basis. Sie besteht darin, daß wir beide Christen sein wollen und beide den demokratischen Rechtsstaat bejahen. Es kann sich, wenn die Diskussion einen Sinn haben soll, nicht darum handeln, einander dies zu bestreiten, sondern im Gegenteil einander dabei zu behaften. Zur Disputation gehört auch ein entsprechender Ton; ich ignoriere deshalb die persönlichen Anwürfe Gerstenmaiers und gehe nicht auf sie ein. Schließlich erfordert eine Disputation, daß man zusätzliche Erschwerungen vermeidet; sie entstehen dadurch, daß man dem Partner Meinungen andichtet, die er notorisch nicht hegt. Wenn z. B. Gerstenmaier behauptet, daß ich in der Frage der Atomwaffen, Kirche und Politik rettungslos vermischend, „das politische Handeln an der Bergpredigt“ messe, so ist dies eine Versimpelung dessen, was er dazu von mir gelesen hat, die weder dem Ernst des theologischen Problems der Atomwaffen noch der Schwere des nationalen Problems der atomaren Ausrüstung einer deutschen Armee im kalten deutschen Bürgerkrieg entspricht. Drei sachliche Fragen lassen sich, soviel ich sehe, aus Gerstenmaiers Votum herauschälen: 1. Ist es christlich zu verantworten, einer politischen Partei den Namen „christlich“ beizulegen? 2. Hat der Anschluß Westdeutschlands an die NATO das heutige Fiasko in der Wiedervereinigungspolitik verursacht? 3. Wo liegt die Grenze des vertretbaren Risikos für die westdeutsche Politik?

1. Gerstenmaier beschwert sich, daß er die Namensgebung seiner Partei rechtfertigen muß; denn die Beweggründe dazu führe er „nicht gerne auf der Zunge“, weil man hier auf „heiligem Lande“ stehe. Aber umgekehrt wird ein Schuh daraus! Der Name „christlich“ ist heiliges Land, nicht unsere Beweggründe, und wer diesen Namen ungehemmt „auf der Zunge führt“, wie Gerstenmaiers Partei, muß sich gefallen lassen, nach seinen Beweggründen gefragt zu werden. Denn das 2. Gebot lautet: „Du sollst den Namen des Herrn, deines Gottes, nicht unnützlich führen!“ Gerstenmaiers mißliche Aufgabe, diese Namensgebung zu rechtfertigen, gelingt ihm dann auch nicht besser als denen, die es vor ihm unternommen haben. Was ist das Christliche an der CDU? Mit diesem Namen habe sich die Partei „auf christliche Grundsätze verpflichtet“, hören wir mit Berufung auf eine Erklärung der Evangelischen Kirchenversammlung in Treysa vom August 1945, die kürzlich schon Paul Bausch („Evangelische

Verantwortung", Oktober 1960) aus ihrer verdienten Versenkung hervorgeholt hat und die aufs neue zu zitieren auch Gerstenmaier keine theologischen Hemmungen hat. Was sind diese christlichen Grundsätze, und wo finden wir sie? Gerstenmaier hütet sich, sie uns zu nennen. Finden wir sie im vergessenen Ahlener Programm, in Erhards Neoliberalismus, in den Schwüren gegen die Wiederbewaffnung vor 1950 oder im Bekenntnis zu ihr nach 1950? Das alles sind vernünftig zu diskutierende Thesen, für die sich auch ein Christ erklären kann, wenn er sie für richtig hält. Aber wieso müßte er sich als Christ zu ihnen bekennen? Nur dann wären es doch „christliche Grundsätze“ und nicht nur diskutable Vernunftbehauptungen.

Außer den ungenannt bleibenden Grundsätzen nennt Gerstenmaier unvorsichtigerweise auch die Praxis. Meint er im Ernst, daß sich seine Partei von den übrigen durch eine besonders christliche Praxis unterscheide? Wird er sich wundern können, wenn ihm daraufhin aus dem Leserkreis außerhalb seiner Partei schallendes Gelächter entgegentönt in Erinnerung an allerlei betrübliche Erfahrungen, die man mit der Praxis seiner Partei — vielleicht nicht mehr, aber sicher auch nicht weniger als mit der Praxis anderer Parteien — machen konnte? Der Gewissenernst einzelner CDU-Politiker ist so unbestritten wie der von Vertretern anderer Parteien. Daß aber bei dieser Partei ein besonders ernstes Hören auf Gottes Gebot stattfinde, hätte doch auch den Außenstehenden auf eine überzeugende Weise sichtbar werden müssen. Werden von ihr die Wahlkämpfe christlicher geführt? Finden bei ihr die Lobbyisten der Interessentengruppen weniger Gehör als anderwärts? Hat sich in der Atomwaffenfrage gezeigt, daß man in dieser Partei besonders ernst mit der Frage gerungen hat, was Gottes Gebot dazu sage? Dann hätte es in dieser Frage ja wie sonst überall unter den Christen eine interne Partei-Diskussion geben müssen. Von einer solchen war nichts zu hören, sondern während wir anderen alle in schwerem Disput standen, wußte man in der CDU schon von vornherein, daß Gottes Gebot sich mit diesem Vernichtungsmittel vertrage, daß dies „nicht eine moralische, sondern eine rein militärische Frage“ sei, wie es heute überall heißt, und bei der geschlossenen Zustimmung zur atomaren Ausrüstung der Bundeswehr im Frühjahr 1958 zeigte sich, daß in der CDU-Fraktion das Hören auf Gottes Gebot, auf das nach Gerstenmaier diese Partei „unter keinen Umständen verzichten“ will, wie auf Kommando ein gänzlich einheitliches Ergebnis hatte wie sonst nirgends in der ganzen Christenheit.

Was geschieht demjenigen, dessen Hören auf Gottes Gebot ein abweichendes Ergebnis hat? Nach Gerstenmaier hat in der CDU jeder Christ einen anerkannten Anspruch darauf, mit dem gehört und respektiert zu werden, was er seinem „christlichen Bekenntnis im öffentlichen Leben glaubt schuldig zu sein“. Die Namen G. Heinemann und P. Neilen, die hier für manche andere stehen, beweisen das Gegenteil. Man wird zugeben müssen, daß eine Partei eine geschlossene Linie braucht. Dann übernimmt sie sich aber mit der Zusage jenes Anspruchs. Wenn dessen Realisierung nur soweit reicht, als die Parteilinie es duldet, stehen wir wieder ratlos vor der Frage, worin denn eigentlich das Christliche der CDU zu finden sei.

Ein Christ muß Partei ergreifen, wie sonst im Leben, so auch in der Politik. Er tut das genau solange auf christliche Weise, als er die Partei, die er ergreift, nicht christlich nennt. Der Name „christlich“ ist für eine Partei illegitim, weil er, legitim gebraucht, nie ein Parteiname sein kann. Es muß traurig stimmen, daß der Theologe Gerstenmaier keinen Unterschied darin sieht, ob ein einzelner Mensch (und auch die Kirche) oder ob eine Partei sich christlich nennt. Tut es ein einzelner oder die Kirche, so geschieht es, wenn es recht geschieht,

wahrhaftig „ohne jede Prätentation“, sozusagen auf den Knien, nicht um sich selbst zu rühmen, sondern um den Herrn zu rühmen, in dessen Dienst man stehen darf. Dieser Herr ist nicht für eine Partei, sondern für alle, für uns Gottlose alle gestorben; darum sondert der Name „christlich“ nicht die Frommen von den Gottlosen ab, sondern bezeichnet den Dienst und die Botschaft, deren Bote der Christ zu allen seinen Mitmenschen sein soll. Eine politische Partei kann und soll nicht dieser Botschaft, sondern konkreten irdischen Zwecken dienen. Der Name, den sie sich wählt, ist immer „prätentiose Selbstqualifikation“, denn mit ihm wirbt sie und empfiehlt sie sich. Das ist legitim; illegitim aber ist es, dafür den christlichen Namen zu verwenden; denn damit wird er als Mittel im Kampf um die Macht, zur Selbstempfehlung und zur Absonderung von anderen verwendet und also mißbraucht. Wenn die CDU, wie Gerstenmaier sagt, „ihr politisches Tun und Lassen . . . unter Gottes Gebot und Ordnung stellen“ will, so könnte sie damit gleich anfangen durch die Ablegung eines Namens, dessen Gebrauch eine ständige Verletzung des 2. Gebotes ist. Aber gesetzt, Gerstenmaier käme zu dieser Einsicht — wie würde er auf den entschlossenen Widerstand seiner Wahlstrategen stoßen, denen die Werbekraft dieses Namens und die damit verbundene klerikale Unterstützung wichtiger ist als alle christlichen Bedenken! So bleibt es bei der Verfälschung jedes Wahlkampfes durch außerpolitische Motive, die dem Bild des modernen religiös neutralen Staates, das Gerstenmaier so schön entwirft, gänzlich widerspricht. Kann man sich denn wirklich mit Gerstenmaier dabei beruhigen, daß die Säkularisierung eine allgemeine Erscheinung des Abendlandes ist? Sieht man nicht, wie in unserem Lande durch den politischen Mißbrauch des christlichen Namens eine zusätzliche Ursache dafür geschaffen wird, daß die kirchliche Verkündigung die Fassade der offiziellen christlichen Konvention kaum mehr zu durchbrechen vermag? Wagt irgend jemand zu behaupten, die CDU sei eine Hemmung und nicht eine Beförderung dieser „Konventionalisierung des Christentums“ gewesen? Muß ein Christ nicht darüber bedrückt sein, wie dadurch der christliche Name zum Gespött und zum Anlaß bitterster Reaktionen bei unzähligen Andersdenkenden wird — wie durch die häufige Selbstbezeichnung der CDU als bürgerlicher Partei der Rückfall in die alte Gleichsetzung von „christlich“ und „bürgerlich“ geschieht, die der Kirche, wie man heute oft beklagt, die Ohren der Arbeiterschaft verschlossen hat — wie nun jede Schande einer mit ihm sich schmückenden Partei zur Schande des christlichen Namens selbst werden muß! Warum spürt man nichts von dieser Bedrückung bei Gerstenmaier und seinen Parteifreunden?

Es ist nicht zu ändern: vom evangelischen Verständnis des Christentums her ist diese Namensgebung und das in ihr sich ausdrückende Selbstverständnis undiskutabel. Luther, dessen Lehre von den beiden Reichen man sich besser bei dieser Frage entsinnen sollte, statt dann, wenn man sie zur Rechtfertigung von Massenvernichtungsmitteln mißbrauchen will, hat dazu das Nötige gesagt: Wenn er ein Kriegsmann wäre (und das gilt doch wohl auch für den Politiker) und sähe auf der Fahne ein Kreuz, „wenn's gleich ein Kruzifix selbst wäre, so wollt' ich davonlaufen, als jage mich der Teufel“, schreibt er 1529 in seiner Schrift „Vom Kriege wider die Türken“, und ebenda: „Aber über alles bewegt mich, daß man unter christlichem Namen wider den Türken zu streiten vornimmt, lehrt und zeigt, gerade als sollte unser Volk ein Heer von Christen heißen wider den Türken als wider Christi Feinde, welches ist stracks wider Christi Lehre und Namen.“

2. Zu der zweiten Frage behauptet Gerstenmaier, es gab „keinen anderen Weg“ als den der militärischen Westintegration der Bundesrepublik; in keinem

einzigsten Augenblick habe die „reale Möglichkeit“ bestanden, die Freigabe der Sowjetzone und die Wiedervereinigung zu einem nichtkommunistischen Deutschland zu erreichen; es sei „objektiv unrichtig“, daß die Sowjets „jemals“ zu einer solchen Freigabe bereit gewesen wären, da sie ja „unaufhörlich nach der Weltherrschaft des Kommunismus drängen“. Dabei bekomme ich von ihm das Lob, daß ich wenigstens nicht „die alte hausgemachte Legende von der großen Chance“ der sowjetischen Angebote wieder aufgetischt hätte. Ich beeile mich, dieses Lob zunichte zu machen, indem ich gestehe, daß ich genau diese „Legende“ im Sinne hatte, freilich nicht so, als ob sie mir ein Glaubenssatz wäre. Denn man beachte wohl: Gerstenmaier ist es, der hier eine Behauptung aufstellt, nicht ich. Niemand weiß, ob damals wirklich eine „reale Möglichkeit“ bestanden hat. Gerstenmaier aber will genau wissen, daß sie nicht bestanden hat. Woher weiß er das? Man hat sich ängstlich gehütet, durch erprobende Verhandlungen festzustellen, ob sich aus den Vorschlägen des alten Stalin und seiner Nachfolger etwas machen ließe (zur Verhinderung überflüssiger Mißverständnisse: nicht um Annahme dieser Vorschläge, deren Fallstricke deutlich waren, sondern um Verhandlungen über sie mit dem Ziel eines brauchbaren Kompromisses handelte es sich). Warum hat man es nicht zur rechten Zeit versucht? Wer so fest wußte, daß nichts daran sei an ihnen, konnte es ja riskieren, da Verhandlungen dann nur die sowjetische Heuchelei entlarven konnten. Gerade diejenigen, die es nicht riskierten, befürchteten offenbar, die Vorschläge könnten ein echtes Angebot enthalten, und lehnten eben darum auch nur den Versuch einer Erprobung ab. Warum? Um durch greifbare Möglichkeiten, die sich dabei zeigten, nicht an der militärischen Westintegration, zu der man längst fest entschlossen war, gehindert zu werden.

Niemand kann sagen, ob auf anderen Wegen mehr erreicht worden wäre; aber wer bis fünf zählen kann, konnte sehen, daß dieser Weg das Ergebnis haben mußte, daß wir heute von der Wiedervereinigung weiter entfernt sind denn je. Führen sonst auch öfters Umwege zum Ziel, so gab es hier bei nüchterner Einschätzung aller Kräfte doch kein Indiz dafür, daß der Weg nach Paris ein Umweg nach Magdeburg und Dresden sein werde. Der Abmarsch der Westdeutschen nach Westen mußte unvermeidlich den Ostmarsch der Mitteldeutschen zur Folge haben. Das ist von einigen klarsehenden Leuten deutlich gesagt worden; das ganze Regierungslager hat in ungezählten Reden das Gegenteil behauptet. Das waren pure Illusionen, heute zerplatzt wie Luftballons, und nur die groteske Vergeßlichkeit unserer Zeit macht es möglich, daß diejenigen, die vor diesen Illusionen gewarnt haben, heute als Illusionisten verschrien und proöstlicher Gesinnung verdächtigt werden. Nur Illusionisten konnten die Erkenntnis verhindern, daß mit der Eingliederung der Bundesrepublik in den westlichen Militärblock das Schicksal der 17 Millionen, das heute bei uns so laut beklagt wird, besiegelt war, und ohne diese Illusionen hätte man vermutlich ernsthafter nach anderen Möglichkeiten gesucht, die westlichen Interessen und die gesamtdeutsche Verantwortung unter einen Hut zu bringen. Wer heute dekretiert, solche Möglichkeiten habe es nicht gegeben, behauptet mehr, als irgendein Mensch je wissen kann. Jedenfalls: Dahin sind nun alle Illusionen, mit denen damals die Warner zugedeckt wurden: aus der Position der Stärke könnten wir von den Sowjets die Freigabe der Zone erzwingen, auch nach dem 8. 5. 1955 würden die Sowjets weiter über die Wiedervereinigung verhandeln, wir könnten dann zum günstigen Zeitpunkt auch unsere NATO-Zugehörigkeit als Preis anbieten, in Karlsruh verachte man die Pankower und brenne auf eine Verständigung mit Bonn, für gute Wirtschaftsbeziehungen würde man uns die Zone noch zum Preis zuschlagen, Deutschland sei nun davor gesichert, Schlacht-

feld zu werden — und was dergleichen Verheißungen mehr waren, die ich meine freundlich charakterisiert zu haben, wenn ich sie Selbstbetrug nannte, was sie im Munde der redlichen Männer und Freunde, von denen ich sie gehört habe, sicher nur waren. Das Fiasko ist am Tage, aber es wird nicht empfunden, weil es nicht die Westdeutschen sind, die es am eigenen Leibe auszubaden haben.

Darum wiederhole ich meinen Satz aus jenem Aufsatz: „Die Politik, von der man sich im deutschen Selbstbetrug die Wiedervereinigung versprach, ist die Ursache dafür, daß sie nicht erreicht wurde.“ Es ist leicht erklärlich, daß diejenigen, die daran verantwortlich beteiligt waren, heute zur Sicherung ihrer eigenen Nachtruhe beteuern müssen, an der ganzen Katastrophe sei Hitler allein schuld, und jeder andere Weg hätte Deutschland als „ungeschütztes Objekt“ im „Niemandsländ“ hilflos den Manipulationen und Interventionen Rußlands unterworfen; außerdem hätten wir vor den Pariser Verträgen ja keinerlei Handlungsfreiheit gehabt, und die Westmächte hätten auch nichts anderes erlaubt — und schließlich seien diese alten Kamellen ja „ohnehin nicht mehr interessant“, nachdem auch die SPD eingeschwenkt sei; wer jetzt noch unsere Gewissensruhe stört, ist ein unbelehrbarer Fanatiker. Es muß jeder selbst sehen, wieweit er damit durchkommt. Nur muß er damit rechnen, daß anderen die schwachen Stellen seiner Verteidigung nicht verborgen bleiben. Daß mit Hitlers Politik und Zusammenbruch die deutsche Spaltung schon unaufhebbar gewesen sei, kann nur der behaupten, der den primitiven Satz: „Was der Russe einmal hat, gibt er nicht wieder heraus“ zum politischen Axiom erhebt, was ich ausdrücklich Gerstenmaier nicht unterstelle. Hat dieser Satz aber keine axiomatische Wahrheit, dann war die Wiedervereinigung in einem nichtkommunistischen Deutschland erste Aufgabe der westdeutschen Politik. Axiomatische Wahrheit mußte dagegen dem anderen Satz zugebilligt werden, daß die Wiedervereinigung entgegen den vitalen Interessen einer von den vier Besatzungsmächten nicht erreicht werden könnte. Als die mutige und kluge Helene Wessel 1952 im Bundestag einmal vom Sicherheitsinteresse der Sowjets sprach, das wir berücksichtigen müßten, antwortete ihr höhnisches Gelächter unserer Volksvertreter. Inzwischen hat sich herumgesprochen, daß man über solche Interessen nachdenken müsse; solange man sich aber deren Analyse durch die panische oder bequeme Formel erspart, daß „Sowjetrußland und Rotchina unaufhörlich nach der Weltherrschaft des Kommunismus drängen werden“, muß das Gespräch offenbar bei den primitiven Anfangsgründen beginnen. Damit mag Gerstenmaier in Wahlreden die Pferde scheu machen, aber in einer ernsthaften „Disputation“ sollte er nicht mit Formeln kommen, die genauso wahr und so falsch sind wie das, was ich täglich im „Neuen Deutschland“ über den Weltherrschaftsdrang des amerikanischen Imperialismus lese. Daß die Westmächte, wie Gerstenmaier sagt, die Neutralisierung Deutschlands nicht erlaubt hätten, ist eine vermutlich richtige und jedenfalls schätzenswerte Bemerkung Gerstenmaiers, geeignet, zur Differenzierung des Weltbildes des westdeutschen Zeitungslesers beizutragen, der ja sonst immer nur zu lesen bekommt, daß einzig die Sowjets unserem Volk das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten haben und noch vorenthalten. Daß wir aber erst durch die Pariser Verträge Handlungsfreiheit gewannen, ist eine Bemerkung, die mit der Mehrdeutigkeit dieses Begriffs spielt; sie trifft zu für die staatsrechtliche Handlungsfreiheit (die sich aber nach den Pariser Verträgen gerade nicht auf die weiterhin den alliierten Mächten vorbehaltenen Wiedervereinigungsprobleme bezieht, was Gerstenmaier unerwähnt läßt), nicht aber für die politische Handlungsfreiheit, wenn darunter verstanden wird, daß wir schon seit Gründung der Bundesrepublik nicht mehr einfach Objekt der westlichen Politik gewesen sind.

Eben das ist ja ein mit Recht vielgerühmter Unterschied des Westens von dem Stalinschen Satellitensystem gewesen, und A d e n a u e r s Angebot deutscher Divisionen im Sommer 1950 wie die ganze darauf folgende Diskussion hatten dies zur Voraussetzung: Wir wurden nach unserer Entscheidung gefragt, wir haben selbst entschieden, wir haben darum zu verantworten, was geschehen ist, und können es nicht einfach auf die Westmächte abschieben — abgesehen davon, daß auch deren Politik mit ihrer verhängnisvollen Überschätzung der Notwendigkeit eines deutschen Verteidigungsbeitrages wesentlich durch Einflüsterungen aus Deutschland mitbestimmt worden ist.

So bleibt nur die Frage, ob es sich bei der Entscheidung für die Blockfreiheit, die selbstverständlich wie jede hier in Frage kommende Entscheidung ihre Risiken hatte und bei der es erst noch darauf ankam, was man politisch aus ihr machte, um ein vertretbares Risiko gehandelt hätte. Gerstenmaier will genau wissen, was die unvermeidbaren Folgen gewesen wären: wir wären entweder unter dem Besatzungsregime geblieben (er hütet sich zu prophezeien, wie lange) und hätten also die Einheit doch nicht erreicht, oder wir wären im „Niemandsland“ zuerst „in Mißkredit bei Ost und West“ geraten und schließlich doch der Bolschewisierung und der „Einheit in Knechtschaft“ anheimgefallen. Er weiß aber genau, daß es Alternativvorschläge mit vertretbarem Risiko gegeben hat, daß in dem angeblichen „Niemandsland“ sich eine Menge von Staaten heute bewegen und daß das Interesse des Westens, sie zu stützen und zu schützen, unvermindert wirksam ist. Es bleibt darum die Frage an ihn: Hätten er und viele andere wirklich die Kaltherzigkeit besessen, sich für die militärische Westintegration zu entscheiden, wenn sie sich damals klar über die nationalen Folgen gewesen wären und nicht die Illusion gehabt hätten, diese ließen sich vermeiden?

Das alles sei heute uninteressant, weil nun auch die SPD zustimme, meint Gerstenmaier mit merkwürdiger Logik. Daß eine Regierung welcher Partei auch immer jetzt und in Zukunft Politik machen muß, von dem Boden derjenigen Tatsachen aus, die von der vorhergehenden Regierung geschaffen worden sind, ist klar, und nicht anders meine ich die sogenannte „Schwenkung“ der SPD verstehen zu sollen. Aber wie dem auch sei, man täusche sich nicht darüber, daß das, was geschehen und versäumt worden ist, nicht vergangen ist. Es schwelt unter der Oberfläche, und Gerstenmaiers lange Verteidigung ist selbst ein Beweis dafür, daß wir — hoffentlich — nicht darüber zur Ruhe kommen, bis unser nationales Problem eine bessere Lösung gefunden hat. Es wird die Beurteilung der bisherigen Entscheidungen auch von Einfluß sein für diejenigen, die jetzt vor uns stehen. Deshalb handelt es sich hier nicht um Streitgegenstände, die an die Fachhistoriker abgetreten werden könnten.

3. Die Frage nach dem vertretbaren Risiko hat große Dimensionen. Da Gerstenmaier schreibt, für die Wahl eines anderen Weges hätte man in Bonn „weniger freiheitsbesessen“ sein müssen, sei diese Frage am Begriff der Freiheit, diesem großen Märtyrer unserer Tage, verdeutlicht. Gerstenmaier stimmt meinem Satze zu, daß jede geschichtliche Aufgabe einen sittlichen Gehalt hat. Den sittlichen Gehalt der Freiheit zeigte der Apostel Paulus an einer wichtigen Stelle des Neuen Testaments (Brief an die Galater 5,13) durch seine Unterscheidung zwischen einer Freiheit des „Fleisches“, das heißt einer Freiheit zum egoistischen Genuß, und einer Freiheit im Dienste der Liebe. Entscheidend ist also, wozu man die Freiheit, die man hat, benützt. Wenn ein Volk mehr ist als ein Konsumverein, gilt das auch für ein Volk. Je nach dem Wozu ändert sich auch die Risikogrenze. Wenn einer im Kampf mit den Wellen außer seinem eigenen Leben auch noch das seines Bruders retten will, darf er doch nicht blindlings handeln; auch er muß nach dem vertretbaren, das heißt sinnvollen

Risiko fragen; denn es ist keinem gedient, wenn sie beide umkommen. Wenn er aber nur um die eigene Haut besorgt ist, dann wird er unversehens die Grenze so eng ziehen, daß ihm schließlich jede Selbstgefährdung, die mit dem Rettungsversuch verbunden sein könnte, als unzumutbares Risiko erscheint. Es gibt in der Geschichte kein neutral zu kalkulierendes Risiko. Seine Beurteilung und erst recht seine Bewältigung hängt im großen Maße ab von dem Geiste, der ein Volk oder wenigstens seine Führung und seine führenden Schichten in einer Notzeit beseelt. Wer die Hintergründe unserer Politik in diesen zehn Jahren ein wenig kennt, der weiß, welchem von den beiden eben erwähnten Männern sie gleicht. Dem Geiste, in dem man die Warnungen überhört und niedergeschlagen und sich mit Illusionen beruhigt hat, weil man jedes Risiko für den anderen Teil des Volkes scheute und auf den winkenden Profit starrte, diesem Geiste gilt die Anklage. Wer den Kommunismus als „Seelenmord von Peking bis Pankow“ definiert, der mußte erst recht zum Risiko, auch zum Risiko des „Niemandlandes“ für die so Gefährdeten bereit sein. Hier ist auch die legitime Möglichkeit für die kirchlichen Worte, die weder politische Eingriffe noch apolitische Reserve sind. Soweit solche versucht wurden, haben sie in der kirchlichen und politischen Öffentlichkeit nur gereizte Abwehr statt nachdenklichen Gehörs gefunden.

Die Freiheit, die wir uns auf solche Weise egoistisch gesichert haben, ist darum auch nur eine egoistische Freiheit geblieben. Wer darüber, wie es nun allenthalben geschieht, klagt, sollte über die Ursachen und Zusammenhänge nachdenken. Eine Folge davon ist, daß die Freiheit, die man nicht für eine Aufgabe eingesetzt hat, sondern als ein Gut ansieht, das man ängstlich erhalten muß, an den Sicherungen, die man für nötig hält, allmählich stirbt. Oft genug schon in der Geschichte ist sie an der Angst vor ihrem Verlust ebenso gestorben wie durch den Sieg äußerer Feinde, und von jeher wurden die meisten Beschneidungen der Freiheit als Maßnahme zu ihrer Erhaltung ausgegeben. Daß die rechtlichen Beschneidungen erst folgen, wenn im vorrechtlichen Bereich der Konformismus schon sein Erstickungswerk getan hat, ist kein ausreichender Trost. Es ist wie ein Watteregen, sagt Carlo Schmid einmal, erst merkt man es kaum, und dann kann man auf einmal nicht mehr atmen. Das spürt freilich derjenige früher und empfindlicher, der dazu verurteilt ist, gegen den Strom zu schwimmen. Das ist eine alte Erfahrung. „Ich verstehe nicht, warum man bei uns über Mangel an Freiheit klagt“, sagte mir vor einiger Zeit ein menschlich sehr schätzenswerter kommunistischer Funktionär in der DDR, „ich kann doch hier alles sagen, sofern es nicht antihumanistisch ist“. Wer im Zentrum einer Gesellschaft steht, hält sie selbstverständlich für eine freie; inwiefern sie es wirklich ist, zeigt sich deutlicher denen am Rande. Denn es bleibt bei der Maxime, die einst Rosa Luxemburg in ihrem Widerspruch gegen Lenin formuliert hat: „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden.“ Gerstenmaier, der mich kennt, wird nicht meinen, mich in der Liebe zur Freiheit zu übertreffen. Er hat mit uns allen genug Gelegenheit, in unserer Bundesrepublik diese Liebe zu bewähren und inmitten der Rückwirkungen des kalten Bürgerkriegs auf das westdeutsche Leben der Erstickung der Freiheit und der systematischen Erziehung zur Linientreue entgegenzuarbeiten.

Die Möglichkeiten, sich zu verständigen, sind offenbar im Laufe dieser Jahre nicht größer, sondern geringer geworden. Über die verschiedenen Wege und Umwege nach 1950 konnte man schließlich noch streiten. Daß aber die Teilregierung eines gespaltenen, im kalten Bürgerkrieg zerrissenen Volkes, die sich eingestandenermaßen auf die Möglichkeit eines „begrenzten Konfliktes“,

das heißt eines heißen Bürgerkrieges, einstellt, nach Atomwaffen für ihre Armee (unter dem Vorwand der Bündnisverpflichtung) drängt, statt für die Dauer der Spaltung solche Waffen, soweit es ihr nur möglich ist, aus ihrem Territorium herauszuhalten, darüber läßt sich nicht mehr reden, das ist nicht mehr zu entschuldigen. Als Gerstenmaier mir auf der letzten Gesamtdeutschen Synode der Evangelischen Kirche mit ruhigen Worten sagte, die mir und seinen Freunden so entsetzlich dünkende Möglichkeit, daß sich die beiden deutschen Bürgerkriegsarmeen an Elbe und Werra nun auch noch mit Atomwaffen ausgerüstet gegenüberstehen — eine Möglichkeit, von der wir meinten, eine deutsche Regierung müßte sie mit allen Kräften zu vermeiden suchen —, sei von ihm schon von Anfang an als natürliche Folge des Beitritts zur NATO einkalkuliert worden, und er sehe darin nichts zusätzlich Schlimmes, verstummte ich. Was hätte ich dazu noch sagen können? Höchstens dies, daß ich es ihm nicht glaube, und daß vor fünf Jahren jeder, der diese Konsequenz an die Wand gemalt hätte, mit illusionären Argumenten, aber noch guten Glaubens von ihm und anderen Apologeten der Regierungspolitik als Verleumder verschrien worden wäre. Nachdem es heute aber so steht, bedarf es freilich einer systematischen Erziehung zur Gedankenlosigkeit, damit die jetzige Entwicklung auch dem schlafenden Bundesbürger nicht in ihrer Schrecklichkeit klar wird. Da kauft die Bundesregierung die Kopien des Hiroshima-Films auf, da kann General Speidel von einem „Endsieg“ nach einem nuklearen Konflikt sprechen (Bulletin der Bundesregierung vom 19. 8. 1960), und der Bundeskanzler kann in seiner ersten Wahlrede versichern, nichtatomarbewaffnete deutsche Truppen gegen den östlichen Feind aufmarschieren zu lassen, hieße „Hunderttausende von jungen Soldaten dem Tod in den Rachen jagen“, und Gerstenmaier predigt uns, als wäre er der Turnvater Jahn, eine „Rangordnung christlicher Werte“ („1. Freiheit, 2. Friede, 3. Einheit“), ohne auch nur andeutungsweise ein Bewußtsein von der atomaren Situation, die das alles doch tief problematisch macht, zu verraten.

Was denkt sich eigentlich diese unsere Führung? Hinter welchem Monde lebt sie oder meint sie, daß wir leben? Was soll man von einem Politiker halten, der noch nicht gemerkt hat, daß es diese Reihenfolge nicht mehr gibt, sondern daß wir heute Frieden und Freiheit nur miteinander gewinnen oder verlieren können — oder der, falls er es selbst schon gemerkt hat, seinem Volke noch das Gegenteil davon sagt — und das alles mit Berufung auf das Evangelium! Kein Wunder, daß Gerstenmaier sich mitgekränkt fühlt, wenn dem Bundesbürger Gedankenlosigkeit nachgesagt wird. Und daß er mit einer Kirche zufrieden ist, die sich nicht dazu hat drängen lassen, aus dieser Gedankenlosigkeit aufzurütteln.

Gebe Gott, daß er nicht so wie jetzt auf den Trümmern der deutschen Einheit eines Tages, nach dem Zerstieben weiterer Illusionen, auf den letzten Ruinen unseres Landes beteuern muß, er könne „nach längerer Prüfung keinen anderen Weg erkennen, den wir bei gewissenhafter Prüfung hätten gehen können.“ Jedenfalls: daß er für eine Position, die den Atomkrieg für ein Mittel zur Verteidigung „christlicher Werte“ hält, meint das Evangelium in Anspruch nehmen zu können, das geht zu weit, das ist aktiver Beitrag zur „Konventionalisierung“, das heißt zur Entleerung und zum Verächtlichwerden des Christentums. Das kann ihm doch unmöglich auf die Dauer verborgen bleiben. Wenn das klar ist, dann können wir über die Wege, die wir in illusionsloser Erkenntnis der heutigen Welt situation und in nüchterner Einsicht in unsere Grenzen befürworten, um mit der schlechthin notwendigen Erhaltung des Frie-

dens auch die Freiheit uns zu erhalten und die Einheit wiederzugewinnen, uns mit Argumenten der Vernunft noch reichlich streiten. Das ist kein „heiliges Land“, sondern das sind menschliche Positionen, sicher oft genug allzu menschliche, bei denen jeder die Schuhe anbehalten darf — deren keine man darum aber auch mit dem heiligen Namen „christlich“ schmücken soll. Womit ich bei dem ersten Punkt dieser Ausführungen wieder angelangt bin.

Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner

Monopolpolitik

Vor dem SPD-Parteitag hofften noch etliche überzeugte Sozialisten, die Partei würde die Haltung der Fraktion als Opposition korrigieren. Auch atmeten etliche auf nach dem Nein von Ollenhauer. Sie wurden alle enttäuscht. Das Nein wurde ein Ja, wenn auch später wieder ein Nein, und blieb ein Ja. Der Parteitag billigte das völlige Einschwenken der offiziellen Partei auf die wesentlichen Regierungsgrundsätze in auswärtiger Politik und Rüstungspolitik. Was sich zwischen dem Ja und Nein, das hörbar durchklang, hinter den Kulissen der Parteiherrscher abgespielt hat, kann man nur ahnen. Jedenfalls hat man in dem Schlußappell von Hannover den Vertretern der Wähler eine den Wirklichkeiten ins Gesicht springende recht unoriginelle Falle gestellt. Man versüßte die Einordnung in die Regierungslinie mit materiellen Versprechungen, wie Verdoppelung des Lebensstandards, eigener Wagen, Eigenheim und der deutschen Volksaktie und allen nur möglichen sozialen und kulturellen Errungenschaften. Ob die Masse der Wähler ebenso leicht in diese Falle geht, bleibt abzuwarten. Denn diese beiden Dinge, die Durchführung der Vollausrüstung und die Einhaltung all jener Versprechungen, werden sich als feindliche Brüder erweisen. Bei einem Einmann-System — oder Zwei- bis Dreimann-System — läßt sich allerdings mehr erzwingen als bei einem demokratischen System. Unsere Parteidemokratie hat ja auch schon lange einen Knacks bekommen, als sie vor den Toren der Parteihäuser Halt machte.

Haben die Lenker der Opposition vergessen, wie Adenauer sich die Mitarbeit der Opposition vorstellt? Haben sie vergessen, daß das Monopol der Außenpolitik noch nie in so offener und schroffer Form durch die Vertreter der Regierungsparteien gefordert wurde als im vergangenen Sommer? Sie verlangten nicht mehr und nicht weniger als die gänzlich undemokratische Gleichstellung der Außenpolitik der Opposition. Das böse Wort wird leider durch Äußerungen von Ministern wieder salonfähig. Gelingt die Gleichschaltung in der Außenpolitik nicht im gewünschten umfassenden Maße, stehen vor allem Persönlichkeiten dagegen auf, dann sucht man andere, oft recht unerfreuliche Mittel zur Ausschaltung mißliebiger Gegenmeinungen. Man verhandelt nicht, man schaltet nur. Daß man dabei bis zur Diskriminierung, ja sogar Disziplinierung aufrichtiger gegnerischer Persönlichkeiten zu gehen wagt, das sei nur als ein sehr trauriger Schatten dieser „demokratischen“ Regierungsmethoden nebenbei in das Gesamtbild eingefügt. Die schon lange heranschleichende Absicht zur Anwendung außenpolitischer Monopolmethoden auf Gebiete der Innenpolitik ist die schlimmste Folge jener Regierungsschaltungen für das deutsche Volk. Diesem wird der große Zusammenhang des Systems nur vereinzelt klar. Durch eine Reihe von Ver-